



Ausgabe 2

März 2019

# RUNDBRIEF

## AG NRWSPD 60 plus

### In dieser Ausgabe:

AG NRWSPD 60 plus zum Thema „Grundrente“

Mehr Geld für gesetzliche Betreuer

ROT PUR!  
Funktionärskonferenz der NRWSPD

Bundesvorstand SPD 60 plus zum Thema „Europa“

Aktueller Aufruf des VdK zu „ZWAR“

Weitere Informationen hier:

[www.ag60plus-nrwspd.de](http://www.ag60plus-nrwspd.de)

<https://www.facebook.com/Landesvorstand/>

<https://60plus.spd.de>

Herausgeber: Landesvorstand AG NRWSPD 60 plus

## SOLIDARISCH DENKEN – SOLIDARISCH HANDELN

Der Landesvorstand der AG NRWSPD 60 plus begrüßt ausdrücklich die Vorschläge des SPD Arbeitsministers Hubertus Heil zur Einführung einer Grundrente.

Die SPD wird damit Menschen, die mindestens 35 Jahre lang Rentenversicherungszeiten erfüllt haben, aber wegen ihrer niedrigen Löhne als Rentnerinnen und Rentner in einer Grundsicherung landen würden, eine steuerfinanzierte Grundrente von ca. 900 Euro sichern.

- Wir sehen in diesem rentenpolitischen Vorhaben einen wichtigen Schritt gegen drohende Altersarmut.

Die Grundrente – die aus Steuermitteln finanziert wird – erfolgt ohne Bedürftigkeitsprüfung, denn daraus resultierende Fürsorgeleistungen haben in der Rentenversicherung keinen Platz.

- Wir sehen in der Grundrente einen entscheidenden Beitrag zu mehr Solidarität in unserer Gesellschaft.
- Als Arbeitsgemeinschaft werden wir uns aktiv für diesen Weg einsetzen und damit einen Beitrag leisten, gesamtgesellschaftlichen Aufgaben einen höheren Stellenwert zu verleihen.
- Wir sehen in der Grundrente einen guten und notwendigen Baustein hin zu einer umfassenden Erwerbstätigenversicherung.



## Mehr Geld für gesetzliche Betreuer

Dirk Heidenblut, zuständiger Berichterstatter für die SPD Bundestagsfraktion:

Heute (27.02.19) hat die Bundesregierung den Entwurf für ein Gesetz zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung von Justizministerin Katarina Barley beschlossen. Kern ist die Erhöhung der Vergütung von gerichtlich bestellten Betreuern in der gesetzlichen Betreuung von Personen, die aufgrund von körperlichen, geistigen, psychischen und seelischen Leiden nicht mehr in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbstständig zu regeln. Das parlamentarische Verfahren sollte noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden.

„Die heute im Kabinett beschlossene Erhöhung der Vergütung von gesetzlichen Betreuern um durchschnittlich 17 Prozent ist ein echter Fortschritt. Seit Jahren beklagen die Berufsbetreuer und Betreuungsvereine massive finanzielle Schwierigkeiten. Unser Dank gilt Bundesjustizministerin Katarina Barley und den Ländern für dieses produktive Ergebnis der Bund-Länder-Gespräche.

Es ist gut, dass bei dem Gesetz jetzt Tempo gemacht wird. Unser Ziel ist, dass das parlamentarische Verfahren schnell beginnt, damit es noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden kann.

Auch durch den parallel im Bundesjustizministerium laufenden Dialogprozess zum Betreuungsrecht erwarten wir klare Verbesserungen von Qualität und Zusammenarbeit im Interesse der Betreuten – wie es auch das Gutachten des Ministeriums einfordert. Uns ist dabei besonders wichtig, dass das Ehrenamt in der gesetzlichen Betreuung gestärkt wird. Dies bedarf jedoch einer engen Begleitung und Unterstützung durch die Betreuungsvereine. Hier setzen wir auch weiter auf die gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen.“

---

### NRWSPD

Bei der FunktionärInnenkonferenz Ende Januar 2019 in Essen haben wir intensive und produktive Diskussionen geführt. Das zeichnet unsere Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen aus. Unsere Leitmaxime ist: Sich niemals mit dem Status Quo zufrieden zu geben, sondern beharrlich weiter an einem besseren Morgen für die Menschen in unserem Land zu arbeiten. Wie es Johannes Rau formuliert hat, daran zu arbeiten, die Lebenssituation für die Menschen in unserem Land jeden Tag ein bisschen besser zu machen.

(Weitere Informationen hierzu auf unserer Web-Seite)



## AUFRUF VdK



Aus aktuellem Anlass rufen wir zur Unterstützung der Petition "RÜCKNAHME DER STREICHUNG DER FÖRDERUNG DER ZWAR ZENTRALSTELLE NRW DURCH DAS LAND NRW!" auf.

ZWAR (zwischen Arbeit und Ruhestand) ist eine basisdemokratische Gruppe für alle Senioren und bietet ihnen einen Platz in der Gesellschaft. Nach 35 Jahren finanzieller Landesförderung, soll diese nun zum Ende des Jahres 2019 eingestellt werden. Unterstützt also auch die Online-Petition und sorgt dafür, dass ZWAR auch in den kommenden Jahren finanzielle Landesförderung erhält.

<https://www.openpetition.de/.../ruecknahme-der-streichung-der...>

AG SPD 60 plus anlässlich der Bundesvorstandssitzung im Februar 2019:

**„Unsere Stimme für ein friedliches und sozial gerechtes Europa:  
Dafür SPD und Katarina Barley!“**

